Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht:
Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.;
Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post zu beziehen:
(2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Rußland, Schweden, Schweiz und Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Exped. d. Bl. erhältlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Anzeigen-Preis
für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.;
von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.;
vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10.
(Telephon VI, Nr. 4603).
Haupt-Filiale Dresden:
Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 164. | Montag 15. Juni 1908. | 102. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Heute vor 20 Jahren trat Kaiser Wilhelm II. die Regierung an. (S. d. bes. Art.)

* In Danzig hat am gestrigen Sonntag die Tagung des Deutschen Flottenvereines stattgefunden. Fürst Salm ist zum Vorsitzenden wiedergewählt worden. General Keim antwortete auf eine Anfrage des Kommerzienrates Deichmann, ob er eine Wiederwahl annehmen würde, in ablehnendem Sinne. Zum Ort der nächsten Generalversammlung wurde Nürnberg gewählt. (S. Bericht.)

* Die Budgetkommission der russischen Duma verlangt Maßregeln zu schleunigster Entwicklung des Volksschulwesens. (S. Ausl.)

* Der ehemalige spanische Ministerpräsident Marques Vega de Armijo ist gestern in Madrid gestorben.

* Der Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz, auf dessen Tagesordnung außerordentlich wichtige Beratungspunkte stehen, die Sondergerichtsbarkeit in Sachen des Patentrechtes und des Gebrauchs- und Geschmacksmusterrechtes betreffend, nimmt heute abend in Leipzig mit einer offiziellen Begrüßung der Teilnehmer durch die Stadtvertretung im Rathaus seinen Anfang. Der Kongreß tagt bis zum 20. Juni. (S. d. bes. Art.)

* Den internationalen Sommerpreis, ein 100-Kilometer-Fahren mit Motorführung, das gestern auf der hiesigen Sportplatzbahn zur Entscheidung kam, gewann Guignard vor Demke, Verbist und Theile. (S. Sport.)

* Den Grand Prix de Paris (300 000 Frcs. und 20 000 Frcs. dem Züchter) gewann gestern Mons. W. K. Vanderbilts „Northeast" unter J. Childs in einem Felde von 18 Pferden. (S. Sport.)

Zwanzig Jahre neues Deutschland.

Als vor 20 Jahren, am 15. Juni 1888, Wilhelm II. den Kaiserthron bestieg, sah das deutsche Volk mit einem gewissen bangen Erwarten in die Zukunft. Auf den alten Kaiser, der aus dem „Prinzen von Preußen" zur Verkörperung der deutschen Einigung geworden war, folgte Friedrich III., den seine kurze Regierung voll überschwänglicher daran geknüpfter Hoffnungen, sein stummes Leiden weit hinausgehoben hatten über die Maße der kritischen Beurteilung. Der neue Kaiser, groß geworden unter dem neuen Reich, bedeutete den Eintritt der zweiten Generation in den 1870 errungenen Besitz, er sollte das Erbe „erwerben, um es zu besitzen", sollte ausbauen für die neue Zeit, die sich machtvoll und unheimlich hervordrängte. Anfänglich schien es ein Weiterschreiten in alten Bahnen werden zu wollen. Mit dem alten Kaiser wurde eine Heldenverehrung getrieben, die von der sachlichen Anerkennung auf eine Art Ahnenkultus überführte, der die Person des Herrschergreises dem Volke eher entfremdete. Vorläufig blieb Bismarck am Ruder. Dann der Bruch, die Entlassung. Neue politische Ideen und Ziele. Mögen im einzelnen viele Fehlgriffe getan sein, in einem hat die Zeit der Grundidee der Politik Wilhelms II. recht gegeben: Der Bismarcksche Grundsatz von der „Saturiertheit" Deutschlands, die Beschränkung auf eine Europapolitik, hatte sich überlebt. Das Wachsen unseres Volkes, unseres Handels und der Industrie verlangten neue Ziele, neue Wege, die weit hinaus führten über Europa, zur Welt- und Kolonialpolitik. Ueberall auf der Welt regten sich frische Kräfte, erhoben sich wirtschaftliche Möglichkeiten und Konsequenzen, die der Politik aller Staaten andere Gesichtspunkte gaben. Immer stärker vollzog sich der Uebergang von der rein völkischen zur wirtschaftlichen Expansionspolitik. Politisch und wirtschaftlich wurden Begriffe, die sich immer mehr näherten. In diese Zeit der gärenden Entwickelung, des Suchens nach neuen Grundsätzen, nach neuen Konstellationen war der junge, 28jährige Kaiser gestellt. Erst auf eine 18jährige Erfahrung konnte die deutsche Regierung zurücksehen, und diese Erfahrung war eigentlich weiter nichts als das — nicht immer fehlerlose — aber erfolggekrönte Walten eines alles überragenden Genies: Bismarcks. Die Völker um uns herum hatten viel voraus, die Tradition einer langen einheitlichen, freiheitlichen Regierung in England, die kräftige Wurzel eines unverwüstlichen Nationalreichtums in Frankreich, eine in einer Hand vereinigte geistliche und weltliche Gewalt in Rußland.

Der junge Kaiser, mit starkem Instinkt für die Bedürfnisse seines Landes, stand in der jungen Bismarckschen Schöpfung überall Neuem, Unvorhergesehenem gegenüber. Es kam eine Zeit des Tastens in der inneren und äußeren Politik. Auf die „rettende Tat" Caprivis folgten schließlich die Zolltarife. Dem Bismarckschen Anschluß an Rußland das unnütze Andrängen an England anfangs der neunziger Jahre. Wenig Erfolge überall. Dazu kam das bis dahin nicht gekannte Hervortreten der kaiserlichen Persönlichkeit. In Inneres und Aeußeres spielten die „Impulsivitäten" hinein, wie man schonend zu sagen pflegte. Manches Kaiserwort fiel, das dem erstrebten Ziel schwere Hindernisse in den Weg legte, wenn nicht ganz unmöglich machte. Auch mußte bei den ganz neuen Verhältnissen in Deutschland, der Unerfahrenheit mit parlamentarischen Verhältnissen, dem neugeschaffenen Kaisertum, dessen Macht nicht überall fest umschrieben war, erst ein Ausbalancieren erfolgen, ein Abreiben und Abschleifen der Gegensätze.

Immer mehr begann sich, im Guten, wie im Bösen, mit Wilhelm II. der Gedanke an das neue deutsche Kaisertum zu verbinden, nach außen wie nach innen. Bei dem Besuch des Kaisers auf den Staufenschlössern in Italien konnte man sich sicher manchem vergleichenden Gedanken nicht verschließen. Nur daß der Kaiser, bei manchem Anklang an das alte machtvolle Hohenstaufenkaisertum mit seinem berauschenden Glanz, sich zum ganz und gar modernen Menschen entwickelt hat, der es in den 20 Jahren fertig gebracht hat, wohl der meistgenannte und auch geachtetste Mann im heutigen Leben zu sein. Der in den Jahren seiner Regierung die Zeichen der Zeit kennen gelernt hat und zur Verkörperung des modernen Deutschtums und des Kaiserreichs geworden ist, weit mehr als seine Vorgänger, die noch in vielem am spezifischen Preußentum kleben mußten.

Im Innern ist es dem Kaiser anfangs herzlich schwer gemacht worden, zur Anerkennung zu gelangen. Der Alte im Sachsenwalde warf grollend Steine nach Berlin, die manche Scheibe zertrümmerten. Sicher ist, daß auch später manches nach dem Willen des Kaisers anders gegangen wäre, wenn nicht die politischen Verhältnisse so unglückliche gewesen wären. Am erfolgreichsten war Wilhelm II. in der Stärkung des Reichsgedankens, hier ist in der Tat Schönes erreicht worden, im einzelnen auf dem Gebiete der Post, des Verkehrs, der Gesetzgebung. Zuletzt noch das neue Vereinsgesetz. Durch die Flottenpolitik, die im Volke wie selten etwas vorher, einmütigen Beifall fand, wurde der Reichsgedanke in Kreise getragen, die ihm bis dahin noch recht fremd gegenüberstanden. Einen schönen äußeren Erfolg für die Reichs- und Einheitspolitik des Kaisers bedeutete die Huldigung an Kaiser Franz Josef.

Die äußere Politik unter Wilhelm II. richtig zu beurteilen, dürfte heute unmöglich sein. Soviel geht aus allem hervor, daß die Schwierigkeiten unendlich viel größere sind, als man glauben möchte. Am gefährlichsten für uns ist der nicht wegzureden wirtschaftliche Gegensatz zu England. Wieweit König Eduards deutschlandfeindliche Politik auf persönliche Gegensätze — noch aus der Zeit, als der König Prinz von Wales war — zurückzuführen ist, wird schwerlich jemals festzustellen sein. Jedenfalls ist soviel sicher, daß Eduard VII. seine Taktik nicht so gleichsicher verfolgen könnte, wenn sie nicht ganz in den Rahmen der offiziellen englischen Politik paßte. Daß es gelungen ist, trotz aller neuen Ententen gegen uns, den Frieden für Deutschland zu bewahren, ist ein Verdienst des Kaisers, das wir um so höher einschätzen wollen, als es sicher manche schwere Selbstverleugnung von dem Herrscher verlangt hat. Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß wir gerade in diesen Monaten in einer überaus kritischen Zeit stehen, wo alles davon abhängt, unserem Deutschland die Bahnen friedlicher Weiterentwickelung zu sichern.

So sind es durchweg ernste Gedanken, die heute in uns aufsteigen. Andererseits können wir mit vollem Herzen die Versicherung aussprechen, daß der Kaiser, ernst geworden und gereift in schwerem Amt und stetem Kampf, in schlimmen Zeiten auch auf das Vertrauen seines Volkes rechnen kann, das treu zu ihm stehen wird in Not und Tod.

Zum Schutz des gewerblichen Rechtes.

Leipzig, die alte Handelsmetropole, steht von heute ab unter dem Zeichen des Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz. Es darf uns mit Genugtuung erfüllen, daß gerade die rührige Pleißenstadt es ist, die vom Deutschen Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums zu ihrer Tagung gewählt wurde, zumal zu einer Tagung, die einen Markstein bedeuten wird im deutschen Handels- und Gewerbeleben. Sind es doch die vitalsten Interessen unserer Industrie, die in dieser Woche in der alten Handelsstadt Leipzig in ernster Arbeit zur Durchberatung kommen werden.

Wer näher hineingeschaut hat in die verwickelten und verworrenen Verhältnisse des Patentrechts und Warenzeichenrechts, der weiß, wie dringend reformbedürftig die Gesetzgebung und Gesetzeshandhabung auf diesen gewerblichen Gebieten ist. Es ist kein neuer Gedanke, hierin einen Wandel zur Besserung anzustreben, wohl aber ist es bei der unendlichen Schwierigkeit der Materie ein hohes Verdienst des Deutschen Vereins für den Schutz des gewerblichen Eigentums, durch jahrelange Vorarbeiten in besonderen Kommissionen jetzt eine Basis geschaffen zu haben, auf der der Kongreß aufbauen kann. Bei der lobenswerten Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der die Vorarbeiten sich bis zu bestimmten Vorschlägen verdichtet haben, steht es wohl außer Zweifel, daß der Kongreß die große Hauptfrage seiner Tagung, die Einrichtung und Organisation einer Sondergerichtsbarkeit für Patentsachen, für Gebrauchs- und Geschmacksmustersachen glatt erledigen wird. Und wohl ebenso unzweifelhaft darf man der Zuversicht Raum geben, der Kongreß werde den gewünschten Erfolg haben: die gesetzgebenden Faktoren des Deutschen Reiches werden den berechtigten Forderungen ihre Zustimmung nicht versagen, in eine baldige Reform der Gerichtsbarkeit in Sachen des gewerblichen Rechtsschutzes eintreten und sie zum Segen der deutschen Industrie durchführen.

Wer möchte angesichts dieser Tatsachen nicht freudig den Wert und die Bedeutung des Kongresses anerkennen? Sind es doch die weitesten Kreise der deutschen Industrie, die ein lebhaftes Interesse an dieser Tagung und ihren Arbeiten, ihren Erfolgen haben müssen und haben werden. Gerade die ständige Besetzung der geforderten Sonderkammern für gewerblichen Rechtsschutz mit zwei Technikern neben den drei Juristen, die dadurch gewährleistete Beseitigung einer rein formalistischen Jurisdiktion gewährleistet eine rechtlich geschützte freie Entfaltung der Kräfte im großen Wettbewerb der technischen Erfindungen. Der Großindustrielle wie der Kleinkaufmann, der Exporteur, der Handelsherr und der Privatmann, der den unbestrittenen Nutzen seines geistigen Eigentums genießen will, werden sich in gleicher Weise den Segnungen nicht verschließen können, die der Kongreß ihnen allen, dem deutschen Volke bringen wird.

Die Bedeutung dieses Kongresses steht außer Frage. Das hat auch die Vertretung unserer Stadt, das hat auch der Rat der Stadt Leipzig anerkannt in der Bereitwilligkeit, den Kongreß und seine Teilnehmer am heutigen Abend in feierlicher Weise im Rathause zu begrüßen. Schon dadurch wird äußerlich zum Ausdruck gebracht, daß unsere kommunalen Behörden ihr volles Interesse dieser Tagung entgegenbringen. Besondere Anerkennung verdient aber unsere Leipziger Handelskammer, die freudig im Dienste der großen Sache die verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe der Organisation des Kongresses auf sich nahm. Es ist ein heikel Ding, solche an schwieriger Arbeit reiche, dabei auch dem geschmackvollen Vergnügen Raum bietende Kongreßtagung zu organisieren und zu leiten. Dank gebührt den Männern, die diese Aufgabe, wie bei dem Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz, in mustergültiger Weise lösten! Wo ein fester Wille, da ist auch bestes Gelingen und Erfolg. Abweichend vom Altherkömmlichen, tagen die Damen ganz separiert unter strengem Ausschluß der Männlichkeit, deren breiteren Schultern sie mit seinem Instinkt die geschäftlichen Beratungen über eine so schwierige Materie gern allein überlassen.

Die Bürger unserer arbeitsamen Stadt vereinigen sich heute in dem Wunsche, daß der erwünschte Erfolg dem ernsten Arbeiten des Kongresses und bestes Gelingen den Veranstaltungen geselliger Art beschieden sein möge. So rufen wir denn heute den Männern, die aus allen Gauen Deutschlands zu ernster, segensreicher Arbeit in den Mauern unserer alten Handelsstadt zusammenströmen, ein herzlich Willkommen entgegen.

Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins.

S. & H. Danzig, 14. Juni. (Privattelegramm.)

Die von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes mit großer Spannung erwartete Tagung des Deutschen Flottenvereins fand heute im Schützenhause an der Promenade unter außerordentlich starker Beteiligung statt. Aus allen Teilen des Reiches waren Vertreter der Ortsgruppen des Deutschen Flottenvereins erschienen. Neben etwa 200 stimmberechtigten Delegierten hatten sich noch zahlreiche andere Mitglieder des Flottenvereins eingefunden, um an der denkwürdigen Versammlung teilzunehmen, die über das Schicksal des Deutschen Flottenverein entscheiden und seinen weiteren Weg festlegen soll. Am Freitag fanden geheime Beratungen statt, die die Sachlage klärten, und bei denen der Oberpräsident v. Jagow eine hervorragende Rolle spielte. Ein versöhnender Klang ging durch die Verhandlungen, so daß sie schon am Freitag zu Ende geführt werden konnten. — Am Sonnabend besichtigten die Delegierten die Schichauwerft.

Die heutige Versammlung war überaus stark besucht. Als Geh. Rat Busley (Berlin) die Verhandlungen eröffnete, war der große Festsaal überfüllt. Geh. Rat Busley, der in Gemeinschaft mit dem Kommerzienrat Ravené (Berlin) bisher die Geschäfte des Vorstandes geführt hatte, da diese beiden Herren allein vom alten Vorstand zurückgeblieben waren, begrüßte die Delegierten, die Vertreter der verschiedenen nationalen Vereine und der Behörden. — Es folgten dann weitere Begrüßungsreden. — Oberpräsident der Provinz Westpreußen v. Jagow führte aus: Als Vertreter der Staatsregierung rufe ich der Versammlung herzlichen Gruß und Willkommen zu. Die eigenartige Lage des Flottenvereins veranlaßt mich, mich nicht mit einem Willkommengruß zu begnügen, sondern auf die Sache selbst einzugehen und namens der Staatsregierung einige Worte dazu zu sagen. Die Staatsregierung hat ein Interesse daran, daß der Deutsche Flottenverein nicht nur nicht von der Bildfläche verschwindet, sondern sie hat auch ein Interesse daran, daß er auf dem richtigen Wege weiter wandelt. (Lebhafter Beifall.) Das Wort:

Viel Feind', viel Ehr'!

kann der Deutsche Flottenverein mit Recht auf sich beziehen. Die Feinde bedrohen ihn von zwei Seiten. Von der einen Seite wird auf den Flottenverein dahin eingewirkt, daß er von den besonnenen Bahnen abweicht und sich einer unfruchtbaren Agitation hingibt. Ich bin mir klar darüber, daß an dem vaterländischen Sinne der Mitglieder derartige Versuche abprallen werden. Der Deutsche Flottenverein wird sich niemals einer rein agitatorischen Tätigkeit hingeben. Aber auch von der anderen Seite, von rechts her, drohen dem Flottenverein Gefahren. Der Deutsche Flottenverein soll eine freie Organisation für die deutsche Flotte sein. Er soll unabhängig sein. Er verliert für das deutsche Volk seinen Wert, wenn er nichts ist als ein Appendix des Reichsmarineamts. Wenn das Reichsmarineamt sich auf den Flottenverein stützen will, so muß es sagen können: Es steht nicht die Königliche Staatsregierung hinter ihm, sondern es ist das deutsche Volk, das dahintersteht.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. An erster Stelle stand der Rechenschaftsbericht des Präsidiums. Der geschäftsführende Leiter Geh. Rat Busley führte aus: Der Deutsche Flottenverein hat seine Lebenskraft nicht verloren, sondern er hat bewiesen, daß er auf einer soliden Basis steht. Seit dem vorigen Jahre sind 362 neue Ortsgruppen mit zirka 9000 Mitgliedern neugegründet worden, seit der Kasseler Tagung im Januar d. J. allein 64 neue Ortsgruppen. (Beifall.) Geh. Rat Busley stellt fest, daß dem Verein rund

1 100 000 Mitglieder

angehören. Der Reservefonds ist auf 150 000 M. gestiegen. — Der Vorsitzende gedachte sodann der verstorbenen Mitglieder des Vereins, u. a. des ältesten Ehrenmitgliedes, des Großherzogs Friedrich von Baden, des Prinzen Karl von Baden, des Fürsten zu Wied, des Staatsministers v. Helldorf (Gotha). — Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden wurde einstimmig genehmigt.

Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung die Entlastung des geschäftsführenden Ausschusses. — Die Versammlung beschließt die Entlastung und spricht dem geschäftsführenden Ausschuß, sowie dem Leiter der Geschäftsstelle Geh. Rat Sturz (Berlin) für die ausgezeichnete Tätigkeit ihren besonderen Dank aus. (Beifall.) — Kommerzienrat Ravené (Berlin) gibt dann den Etatvorschlag bekannt. Die Einnahmen werden auf 464 000 M. veranschlagt, die Ausgaben auf 459 000 Mark, so daß der Reservefonds demnächst die Summe von 150 000 M. überschreiten wird.

Bevor man zum Hauptpunkt der Tagesordnung, der Wahl des neuen Präsidiums überging, verhandelte man zunächst über

die grundsätzliche Stellung des Flottenvereins,

um dem zu wählenden neuen Präsidium ein klares Programm gleich in die Hand zu geben.

Anlaß dazu gab ein Antrag der Thüringischen Ortsgruppen, der sich auf die Hauptstreitfrage der letzten Monate bezieht, ob der Flottenverein sich für einen unpolitischen oder einen nationalpolitischen Verein erklären will.

Die Thüringer wollen dem grundlegenden § 2 folgenden ersten Absatz geben: „Der Deutsche Flottenverein als nationalpolitischer Verein erstrebt unter Ausschluß der Parteipolitik die Schaffung einer starken deutschen Flotte." — Auch der Kreisverband Mülheim a. d. R. des Deutschen Flottenvereins hat einen Antrag eingebracht, dem sich zahlreiche Ortsgruppen angeschlossen haben. Es heißt in ihm: „1) Auf Grund des § 3 des neuen Reichsvereinsgesetzes und des § 2 der Satzungen des Deutschen Flottenvereins, fordern wir rückhaltlose Anerkennung des nationalpolitischen Charakters des Deutschen Flottenvereins und Rückkehr zum alten Kurs, d. h. zur Art der bisherigen Agitation, wie sie durch das alte Präsidium unter Fürst Salm und dem General Keim so erfolgreich geführt wurde. 2) Wir verlangen dafür Garantien persönlicher Art und darum die bestimmte und öffentliche Erklärung des neuen Präsidiums, daß es an dem alten Kurs in jeder Richtung hin festhalten werde. 3) Geschieht das nicht, so können wir volles Vertrauen zu der neuen Führung nicht haben, wir werden deshalb weiße Zettel abgeben und behalten uns weitere Schritte vor."

In der Diskussion ergriff zuerst das Wort Stiftslehrer Courvreux (Weimar). Er verlangt eine Abänderung der bisherigen Satzungen dahin, daß der Verein zu einem nationalpolitischen Verein erklärt werde. Der Deutsche Flottenverein sei ein nationalpolitischer Verein im eminentesten Sinne des Wortes, er müsse jede Gelegenheit benutzen, das deutsche Volk politisch aufzuklären. — Kommerzienrat Deichmann (Köln): Der grundlegende § 2 unserer Statuten ist gut, und es ist nicht zu empfehlen, ihn zu ändern. Das deutsche Volk erwartet jedoch von der heutigen Tagung des Deutschen Flottenvereins eine Antwort auf die Frage, welche Wege der Deutsche Flottenverein gehen will. Er empfehle daher die Annahme folgender

Resolution:

„Der Deutsche Flottenverein ist und bleibt ein nationalpolitischer, also vaterländischer Verein, der über den Gegensätzen der Parteien und Konfessionen steht und daher keinen parteipolitischen Charakter trägt. Um das Verständnis für die Notwendigkeit einer starken Flotte im Volke zu stärken, sieht der Deutsche Flottenverein seine vornehmste Aufgabe darin, die Betätigung des Nationalgefühls zu heben. Der Deutsche Flottenverein nimmt für